

N i e d e r s c h r i f t

RAT/035/2009

**über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Rates der Stadt Rheine
am 31.03.2009**

Die heutige Sitzung des Rates der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzende:

Frau Dr. Angelika Kordfelder SPD Bürgermeisterin

Mitglieder des Rates:

Herr Matthias Auth	CDU	Ratsmitglied
Herr José Azevedo	CDU	Ratsmitglied
Herr Antonio Berardis	SPD	Ratsmitglied
Herr Raphael Bögge	CDU	Ratsmitglied
Herr Karl-Heinz Brauer	SPD	Ratsmitglied
Herr Manfred Brinkmann	CDU	Ratsmitglied
Herr Horst Dewenter	CDU	Ratsmitglied
Herr Norbert Dörnhoff	CDU	Ratsmitglied
Herr Robert Grawe	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Jürgen Gude	CDU	Ratsmitglied
Herr Heinrich Hagemeier	CDU	Ratsmitglied
Herr Johannes Havers	CDU	Ratsmitglied
Frau Marianne Helmes	CDU	Ratsmitglied
Herr Frank Hemelt	SPD	Ratsmitglied
Herr Alfred Holtel	FDP	Ratsmitglied
Herr Christian Kaisel	CDU	Ratsmitglied
Herr Hermann-Josef Kohnen	CDU	Ratsmitglied
Frau Hannelore Koschin	SPD	Ratsmitglied
Herr Christoph Kotte	CDU	Ratsmitglied

Herr Günter Löcken	SPD	Ratsmitglied
Frau Monika Lulay	CDU	Ratsmitglied
Herr Siegfried Mau	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Udo Mollen	SPD	Ratsmitglied
Frau Theresia Nagelschmidt	CDU	Ratsmitglied
Herr Josef Niehues	CDU	Ratsmitglied
Herr Rainer Ortel	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Frau Theresia Overesch	CDU	Ratsmitglied
Herr Michael Reiske	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Eckhard Roloff	SPD	Ratsmitglied
Herr Jürgen Roscher	SPD	Ratsmitglied
Herr Dieter Simon	CDU	Ratsmitglied
Herr Marcel Tewes	FSL	Ratsmitglied
Herr Friedel Theismann	CDU	Ratsmitglied
Herr Günter Thum	SPD	Ratsmitglied
Herr Heinrich Thüring	SPD	Ratsmitglied
Herr Falk Toczowski	SPD	Ratsmitglied
Frau Annette Tombült	CDU	Ratsmitglied
Herr Anton van Wanrooy	CDU	Ratsmitglied
Herr Johannes Willems	FDP	Ratsmitglied
Herr Josef Wilp	CDU	Ratsmitglied
Herr Ludger Winnemöller	CDU	Ratsmitglied
Frau Waltraud Wunder	SPD	Ratsmitglied

Verwaltung:

Herr Jan Kuhlmann	Erster Beigeordneter
Frau Ute Ehrenberg	Beigeordnete
Herr Werner Lütke-meier	Kämmerer
Herr Heinz Hermeling	Leiter Fachbereich 7 - Interner Service
Herr Jürgen Wullkotte	Leiter Fachbereich 4 - Finanzen
Herr Karl-Heinz Ottenhus	Leiter Örtliche Rechnungsprüfung
Herr Bernd Weber	Pressereferent
Herr Günter Strauch	Projektmanagement
Herr Theo Elfert	Stellv. Schriftführer

Entschuldigt fehlten:**Mitglieder des Rates:**

Frau Cornelia Buchs	FSL	Ratsmitglied
Frau Ellen Knoop	SPD	Ratsmitglied

Bürgermeisterin Dr. Angelika Kordfelder eröffnet die heutige Sitzung des Rates der Stadt Rheine und begrüßt insbesondere die Klasse 10 der Elsa-Brändström-Realschule, die im Rahmen eines Planspiels „Ohne Jugend ist kein Staat zu machen“ an der heutigen Ratssitzung teilnehme.

Anschließend stellt Sie die Beschlussfähigkeit fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung des öffentlichen Teils verweist Frau Dr. Kordfelder auf die zugestellte Nachtragsvorlage Nr. 156/09 „Umsetzung Konjunkturpaket II“ und schlägt vor, diese als TOP 9 zu behandeln.

Nach Begründung der Dringlichkeit für die Erweiterung der Tagesordnung stimmen die Ratsmitglieder dem Vorschlag einstimmig zu.

Ferner wird im Benehmen mit den Fraktionsvorsitzenden auf Vorschlag von Frau Dr. Kordfelder einstimmig beschlossen, den TOP 12 „Entwurf des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2006“ von der Tagesordnung abzusetzen.

Öffentlicher Teil:**1. Niederschrift Nr. 34 über die öffentliche Sitzung am 17.02.2009**

00:02:53

Zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift werden weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche vorgetragen.

2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 17.02.2009 gefassten Beschlüsse

00:03:10

Frau Dr. Kordfelder berichtet, dass die Beschlüsse des Rates ausgeführt worden seien.

3. Informationen

00:03:30

3.1 Eingaben an den Rat der Stadt Rheine bzw. Anträge der Stadtteilbeiräte

Da die nächste HFA-Sitzung erst nach den Osterferien am 21. April d. J. stattfindet, gibt Frau Dr. Kordfelder ausnahmsweise in der heutigen Ratssitzung die der Verwaltung vorliegenden Eingaben von Bürgern und Anträge der Stadtteilbeiräten bekannt.

a) Eingabe eines Anliegers der Droste-Hülshoff-Straße in Rheine, vom 11. März 2009 an den Rat der Stadt

Der Anlieger bezieht sich auf die gemeinsame Sitzung des Sport- und Bauausschusses am 20. Nov. 2008, in der die Entscheidung über den Bau einer neuen Erschließungsstraße zum Delsen auf unbestimmte Zeit vertagt worden sei.

Er bittet den Rat, diese Entscheidung nochmals zu überdenken und zu korrigieren, denn die Straße sei nicht nur aufgrund der sonntäglichen Heimspiele des FC Eintracht Rheine erforderlich, sondern auch wegen des seit Jahren dort zunehmenden Verkehrs durch Lauftreffs, Jugendspiele sowie Veranstaltungen des TC Westfalies/TC 22 und nicht zuletzt auch wegen der vielen Besucher des Tierparks und des Naherholungsgebietes Bentlage.

Verfahrensvorschlag:

Die Frage der Erschließung „Delsen“ ist neu zu diskutieren, sobald der FC Eintracht Rheine der Stadt ein Konzept über seine zukünftige liegenschaftliche Ausrichtung vorlegt.

b) Anträge des Stadtteilbeirates Dutum/Dorenkamp vom 19. März 2009

Der Stadtteilbeirat Dutum/Dorenkamp beantragt die Einrichtung einer Geschwindigkeitsbegrenzung auf der Eckener Straße in Höhe der Einrichtung St. Josefshaus.

Verfahrensvorschlag:

Verweisung des Antrags zur Prüfung an den Arbeitskreis Verkehr der Verwaltung.

Der Stadtteilbeirat Dutum/Dorenkamp beantragt, die Einrichtung eines Kreisverkehrs im Kreuzungsbereich Breite Straße/Lindenstraße/Tichelkampstraße in die Planungen des Bebauungsplanes Nr. 308 „Bahnhof-West/Lindenstraße“ einzubeziehen.

Der Stadtteilbeirat regt ferner an, auch einen Radweganschluss entlang der Tichelkampstraße von der Catenhorner Straße bis zur Kreuzung Breite Straße zu überlegen.

Verfahrensvorschlag:

Verweisung des Antrags an den Stadtentwicklungsausschuss „Planung und Umwelt“ sowie an die Verwaltung.

Die Ratsmitglieder widersprechen den Verfahrensvorschlägen nicht.

3.2 Unterstützung des Wettbewerbs Klimaschutz durch das Umweltministerium

00:06:00

Frau Dr. Kordfelder informiert darüber, dass die Top-5-Kommunen heute beim Umweltministerium zur engeren Anbindung an ein Netzwerk eingeladen gewesen seien. Herr Dr. Schulte-de Groot und Herr Wolters hätten daran teilgenommen. Kurz vor der Sitzung habe Herr Dr. Schulte-de Groot telefonisch mitgeteilt, dass es für die 5 in der engeren Wahl gewesenen Kommunen einen koordinierten, integrierten Ansatz für die Jahre 2009 bis 2011 zur Weiterentwicklung des Klimaschutz- und Klimaanpassungskonzeptes geben solle. Jede dieser 5 Kommunen, die sich an dem Prozess beteilige, müsse für das Netzwerkmanagement jährlich 2.750,00 € als Eigenanteil zur Verfügung stellen. Parallel dazu gebe es für die 3 Kommunen, die aus dem Wettbewerb nicht als Sieger hervorgegangen seien, für nicht investive Maßnahmen jährlich 60.000,00 € Fördermittel, von denen 20 % als Eigenanteil zu erbringen seien.

Das bedeute für die Stadt Rheine im Falle einer Beteiligung eine Förderung von 144.000,00 € bei einer Selbstbeteiligung von 36.000,00 € zuzüglich 2.750,00 €/Jahr für das Netzwerkmanagement.

Die Stadt Rheine müsse nun ihr Klimaschutzkonzept überarbeiten. Der Start für das Netzwerk sei am 1. Mai 2009 vorgesehen. Bis Ende 2011 müsse dann ein Umsetzungsbericht erstellt werden. Die Kämmerei schlage vor, den städtischen Eigenanteil aus Kampagnemitteln zu finanzieren.

4. Stadtparkasse Rheine Änderung in der Besetzung des Verwaltungsrates Vorlage: 132/09

00:08:45

Beschluss:

Die Mitglieder des Rates der Stadt Rheine wählen gemäß § 11 (4) des Sparkassengesetzes (SpkG) Herrn Franz Pohl zum Verwaltungsratsmitglied und Frau Silke Fülle-Pietsch zur Stellvertreterin von Herrn Wilfried Grotke.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

5. Nachbesetzung des Stadtteilbeirates Bentlage / Wadelheim / Wietesch / Schleupe
Vorlage: 137 / 09

00:09:35

Beschluss:

Die Ratsmitglieder wählen gem. Ziffer 2 der Verfahrensregelungen für die Stadtteilbeiräte für die Dauer der Wahlzeit des Rates Herrn Dominik Schröer, Wupperstraße 32, 48431 Rheine als neues Mitglied für den Stadtteilbeirat Bentlage/Wadelheim/Wietesch/Schleupe.

Die Ratsmitglieder wählen

1. Gisela Ewing, Steverweg 6, 48431 Rheine
2. Heinrich Beermann, Sendkersweg 19, 48431 Rheine
3. Karl-Heinz Conermann, Wadelheimer Chaussee 87, 48431 Rheine
4. Klaudia Niemann-Bullik, Steinburgweg 10, 48431 Rheine
5. Rainer Lau, Ohner Weg 17, 48431 Rheine
6. Dieter Fühner, Falkenstraße 29, 48431 Rheine

für eine neue Reserveliste für den Stadtteilbeirat Bentlage/Wadelheim/Wietesch/Schleupe.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 4 Stimmenthaltungen

6. Zusammenlegung der Kommunalwahl mit der Bundestagswahl am 27. September 2009
- Antrag der SPD-Fraktion vom 10.03.2009
Vorlage: 133 / 09

00:10:50

Herr Roscher erläutert den der Vorlage beigefügten Antrag der SPD-Fraktion.

Herr Niehues erklärt, die CDU-Fraktion lehne den Antrag der SPD-Fraktion ab. Er kritisiert in diesem Zusammenhang die von der Landes-SPD initiierte Kampagne gegen den vom Innenministerium neu festgesetzten Wahltermin. Die erneute Klage von SPD und Grüne im Landtag sei wahltaktisch bedingt. Eine eigenständige Kommunalwahl sollte den Bürgerinnen und Bürgern auch zusätzliche Kosten wert sein, denn bei einer Zusammenlegung der Kommunalwahl mit der Bundestagswahl ginge die Kommunalwahl in ihrer Bedeutung bei den Bürgerinnen und Bürgern im Vergleich zur Bundestagswahl unter.

Ferner gibt Herr Niehues zu bedenken, dass der Wählerkreis bei beiden Wahlen sowohl vom Alter als auch von den Wahlberechtigten her unterschiedlich sei, was bei der Durchführung der Wahlen zu Problemen führen könnte. Er gibt zu bedenken, dass sich SPD und Grüne in anderen Bundesländern gegen die Zusammenlegung der Kommunalwahl mit anderen Wahlen aussprechen würden. Die CDU-

Fraktion akzeptiere daher den vom Innenminister NRW festgesetzten Kommunalwahltermin.

Herr Reiske führt aus, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sich auch für einen gemeinsamen Wahltermin zum Zeitpunkt der Bundestagswahl aussprechen würde, was auch für die Bürger viele Vorteile hätte. Durch die nach jetzigem Kenntnisstand 3 angesetzten Wahltermine seien die Parteien einem Dauerkampfkampf ausgesetzt, wofür die Bürger bei den vielen anderen Problemen, die sich aus der Finanzkrise ergeben würden, kein Verständnis hätten. Seine Fraktion unterstütze daher den Antrag der SPD-Fraktion.

Herr Holtel gibt zu bedenken, dass die Landesregierung das Ziel gehabt habe, die Europawahl mit der Kommunalwahl zusammenzulegen, weil die Wahlberechtigten für beide Wahlen identisch seien. Das Verfassungsgericht Nordrhein-Westfalen habe sich gegen den gemeinsamen Wahltermin am 7. Juni 2009 ausgesprochen, weil der Zeitraum zwischen dem Wahltermin und dem Ende der derzeit laufenden Wahlperiode zu groß gewesen sei. Damit könne die Landesregierung erst bei den übernächsten Wahlen ihr Ziel, nämlich eine Zusammenlegung der Europa- mit der Kommunalwahl, verwirklichen.

Ferner verweist Herr Holtel in diesem Zusammenhang auf ein Urteil des Baden-Württembergischen Verwaltungsgerichtshofes aus dem Jahr 1994, wonach dieser bei einer Zusammenlegung der Kommunalwahl mit der Bundestagswahl eine Benachteiligung der auf kommunalen Ebenen vorhandenen Wählergemeinschaften gesehen habe, die auf Bundesebene nicht kandidieren würden.

Aus den vgl. Gründen lehne die FDP-Fraktion den vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion ab.

Nach der sich anschließenden, teilweise kontroversen Diskussion, an der sich die Herren Hemelt, Ortel, Wilp, Bögge, Niehues und Roscher beteiligen, stellt Frau Dr. Kordfelder den folgenden Beschlussvorschlag aus dem Antrag der SPD-Fraktion zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine fordert die Landesregierung auf, den Termin der Kommunalwahl 2009 mit dem Termin für die Bundestagswahl am 27. September 2009 zusammenzulegen.

Abstimmungsergebnis: 18 Ja-Stimmen
 25 Nein-Stimmen

Der Antrag ist damit mehrheitlich abgelehnt!

7. Antrag Bündnis 90/ Die Grünen "Erste Glühbirnenfreie Stadt Deutschlands"
Vorlage: 135/09

00:57:20

Herr Reiske verliest nochmals den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 29. August 2008 und bedankt sich bei der Leitstelle „Klimaschutz“ für die

Erarbeitung eines umsetzbaren Beschlussvorschlages, der weitgehend dem Antrag seiner Fraktion entspreche.

Auf Frage von Herrn Kohnen antwortet Herr Kuhlmann, dass der Austausch der Leuchtmittel sukzessive erfolgen werde. Sobald Glühlampen defekt seien, würden sie durch Energiesparleuchten ersetzt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine beschließt:

1. In den städtisch genutzten Gebäuden (angemietet und Eigentum) werden Glühlampen gegen energiesparende Beleuchtungsmittel gewechselt. Den städtischen Tochtergesellschaften wird empfohlen dem Beispiel der Stadt Rheine zu folgen.
2. Zuwendungs- und Förderbescheiden an Vereine und sonstigen Institutionen wird künftig ein Hinweisblatt über mögliche Energiesparmaßnahmen für Vereinsanlagen mit dem Angebot einer Energieberatung durch die Leitstelle Klimaschutz bzw. Energieberatung der Stadtwerke Rheine beigelegt.
3. In den Stadtteilbeiräten soll im Jahr 2009 eine Informationskampagne über den Einsatz energiesparender Beleuchtungsmittel durchgeführt werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 1 Stimmenthaltung

8. Integriertes Entwicklungs- und Handlungskonzept Rheine 2020 - 1. Sachstandsbericht zu den Leitprojekten Vorlage: 116 / 09

01:09:05

Frau Dr. Kordfelder erinnert an die ausführliche Beratung dieses Tagesordnungspunktes in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 10. März 2009 sowie an das Zustandekommen des Integrierten Entwicklungs- und Handlungskonzeptes. Die Umsetzung der ersten Projekte sei erfolgt. Die Verwaltung werde auch künftig einmal jährlich einen Sachstandsbericht über die weitere Entwicklung geben, damit ggf. auch noch neue Themen aufgenommen werden könnten.

Zu dem Leitprojekt 1 „Wissenschafts- und Hochschulstandort Rheine“ merkt sie ergänzend an, dass sich die Fachhochschule für Gesundheit, Wirtschaft und Technik in der Trägerschaft der Mathias-Stiftung zurzeit in der Akkreditierung befinde. Sie hoffe, dass zum Wintersemester 2009/2010 die ersten Studenten ihr Studium aufnehmen könnten.

Abschließend stellt Frau Dr. Kordfelder fest, dass Rat und Verwaltung auf das zukunftsweisende Integrierte Entwicklungs- und Handlungskonzept stolz sein könnten, auf das man sich auch in den nächsten Jahren berufen könne.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine nimmt die Bestandsaufnahme zum Integrierten Entwicklungs- und Handlungskonzept Rheine 2020 (IEHK) zur Kenntnis.

**9. Umsetzung Konjunkturpaket II
Vorlage: 156/09**

01:14:30

Herr Lütke-meier informiert darüber, dass der Landtag das Zukunftsinvestitionsgesetz NRW am 2. April 2009 abschließend beraten und darüber entscheiden werde. Die Veröffentlichung sei für den 7. April 2009 vorgesehen. Bereits am 8. April 2009 sollten dann die Bezirksregierungen entsprechende Bewilligungsbescheide an die Kommunen versenden.

Nach den Medienberichten des Wochenendes habe sich die Bundesregierung darauf verständigt, den Artikel 104 b des Grundgesetzes entsprechend den Vorschlägen der Föderalismuskommission II zu ändern. Die Kommunen könnten Mittel aus dem Konjunkturprogramm II dann auch für den Ausbau und die Modernisierung von Schulen verwenden. Leider bleibe es aber beim Ausschluss des Ausbaus und der Sanierung kommunaler Straßen. Die Grundgesetzänderung solle voraussichtlich noch im Juli 2009 in Kraft treten. Das Zukunftsinvestitionsgesetz selbst werde nicht verändert. Nach der Auslegungshilfe des Bundesfinanzministeriums werde der Bund die neue Rechtslage für Maßnahmen zugrunde legen, die nach der Änderung des Grundgesetzes beendet würden.

Angesichts der Erfahrungen im Gesetzgebungsverfahren zur Neuorganisation des SGB II rate der Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen allerdings zur Vorsicht, so lange das Gesetz tatsächlich nicht geändert worden sei.

Daher rät Herr Lütke-meier dazu, zunächst die Grundgesetzänderung und deren endgültige Auswirkungen abzuwarten. Deshalb gebe es derzeit auch keine Notwendigkeit zur grundsätzlichen Änderung der Beschlussvorschläge. Das gelte insbesondere auch für die Vorbehaltsbeschlüsse. Bei dem Beschlussvorschlag unter b) sollte der Zusatz „(insbesondere Hauenhorst und Rodde)“ gestrichen werden. Weitere Konkretisierungen und Anpassungen sollten ggf. in der nächsten Ratssitzung am 15. Mai 2009 erfolgen.

Herr Niehues führt aus, die Stadt Rheine bekomme aus dem Konjunkturförderprogramm II 11 Mio. € um die sich aus der weltweiten Wirtschaftskrise ergebenden Probleme mit abblinden zu können. Mit dieser Summe müsse die Stadt Rheine verantwortlich umgehen.

Er bedankt sich bei der Verwaltung für die erstellte Vorlage, stellt aber fest, dass diese nicht alle wünschenswerten Projekte für Rheine enthalte. Insofern schlage er vor, bei der Verwendung dieser 11 Mio. € eine gewisse Flexibilität zu erhalten, um diese Mittel optimal zu verwenden. Wenn das Grundgesetz geändert werde, könne die Stadt Rheine mit dem Neubau des Kopernikus-Gymnasiums beginnen. Ob die Gesamtmaßnahme in der vom Bund vorgegebenen Frist abgewickelt werden könne, sei für ihn zumindest fraglich. Daher wäre es aus Sicht der CDU-Fraktion evtl. sinnvoller, die Einrichtung des Kopernikus-Gymnasiums später aus

eigenen Mitteln zu finanzieren und die dadurch ersparten Mittel aus dem Konjunkturförderprogramm evtl. für andere wichtige Projekte zu verwenden. Die von ihm eingeforderte Flexibilität sei aus Sicht der CDU-Fraktion sowohl für die im Beschlussvorschlag unter a) und b) aufgeführten Bereiche zu erhalten. Die unter a) aufgeführten Projekte würden insgesamt die Zustimmung der CDU-Fraktion finden. Im Bereich b) wolle die CDU-Fraktion die Breitbandverkabelung und den DSL-Anschluss möglichst in allen geschlossenen Wohnbereichen der Stadt Rheine realisieren. Allerdings könne nicht dafür garantiert werden, dass auch der weit außerhalb gelegene einzelne Bauernhof mitversorgt werde.

Zum Bereich b) „Infrastruktur“ führt Herr Niehues weiter aus, dass auch die Sanierung und Erneuerung der Wirtschaftswege ein wichtiger Punkt im Rahmen des Konjunkturpaketes sei. Das gelte auch für die innerstädtischen Straßen, für die es einen erheblichen Handlungsbedarf gebe. Allerdings habe der Bund hierfür keine Kompetenz. Die Bund-Länder-Kommission habe sich trotz wiederholter Bitten der Spitzenverbände nicht dazu durchringen können, dem Bund hierfür eine Kompetenz zuzusprechen, sodass die Sanierung bzw. Erneuerung von innerstädtischen Straßen durch das Konjunkturpaket II nicht finanziert werden könnte. Insofern sollte der 3. Spiegelstrich unter b) im Beschlussvorschlag gestrichen werden. Wenn es bei der Kommission in dieser Angelegenheit doch noch zu einem Umdenken kommen sollte, könne die Stadt in diesem Bereich immer noch aktiv werden, denn die für die Infrastruktur bereitstehenden 2,3 Mio. € würden für die Wirtschaftswege und die Breitbandverkabelung nicht komplett verausgabt. Auch insofern erhalte sich die Stadt die Flexibilität für andere wichtige Projekte.

Frau Dr. Kordfelder merkt in diesem Zusammenhang an, dass sie vom Geschäftsführer der Kreishandwerkerschaft, Herrn Osterbrink, angesprochen worden sei, der den dringenden Appell an sie gerichtet habe, die für das Konjunkturförderprogramm II vorgesehenen Maßnahmen so schnell wie möglich in Auftrag zu geben, damit der Zweck dieses Programms, nämlich die unmittelbare Ankurbelung der Konjunktur, auch erfüllt werde. Die Betriebe in Rheine und in der Region hätten nur noch für relativ kurze Zeit Aufträge und bräuchten, ebenso wie die Arbeitnehmer, klare Perspektiven. Daher sollten Rat und Verwaltung deutliche Signale geben und die Mittel aus dem Konjunkturpaket so schnell wie möglich für seriöse Maßnahmen zur Verfügung stellen.

Herr Roscher unterstützt die im Beschlussvorschlag aufgeführten Maßnahmen seitens der SPD-Fraktion, ebenso, wie die von Herrn Niehues geforderte Flexibilität. Es wäre wünschenswert gewesen, wenn die finanzielle Ausstattung der Kommunen in der Vergangenheit so gut gewesen wäre, dass die im Beschlussvorschlag aufgeführten Projekte aus eigenen Mitteln hätten finanziert werden können. Leider sei zur Realisierung dieser Projekte erst eine Finanzkrise erforderlich.

Wenn die innerstädtischen Straßen durch Mittel des Konjunkturförderprogramms nicht saniert bzw. erneuert werden könnten, müsse die Stadt hierfür eigene Mittel zur Verfügung stellen, denn der Handlungsbedarf sei zweifelsfrei gegeben. Die SPD-Fraktion erkläre sich mit den von Herrn Niehues vorgeschlagenen Änderungen des Beschlussvorschlages einverstanden.

Herr Holtel appelliert an die Verwaltung, mit der Planung zum Ausbau des Kopernikus-Gymnasiums schnellstens zu beginnen, damit nach Änderung des Grund-

gesetzes die Arbeiten aufgenommen werden könnten. Auch sollten die Aufträge für die energetischen Maßnahmen unverzüglich vergeben und dabei das vereinfachte Vergabeverfahren angewandt werden; das Baugewerbe in Rheine warte auf diese Aufträge.

Bezüglich des Ausbaus der Wirtschaftswege merkt Herr Holtel an, dass die Wirtschaftswege, die gleichzeitig auch Schulweg für Kinder zu Bushaltestellen seien, höchste Priorität haben sollten.

Mit den von Herrn Niehues vorgeschlagenen Änderungen des Beschlussvorschlages sei die FDP-Fraktion einverstanden.

Auch Herr Reiske signalisiert die Zustimmung zu den vorgetragenen Änderungsanträgen zum Beschlussvorschlag durch die Grünen. Auch seine Fraktion sei für den flächendeckenden Ausbau der Breitbandverkabelung, sodass die Außenbereiche weitgehend versorgt würden. Der Ausbau des Kopernikus-Gymnasiums sei eine dringende Notwendigkeit. Ebenso werde die energetische Gebäudesanierung von den Grünen ausdrücklich begrüßt.

Auch Herr Reiske fordert eine möglichst schnelle Umsetzung der einzelnen Maßnahmen. Seine Fraktion sei bereit, auch eine personelle Aufstockung der Verwaltung zu unterstützen, damit die vorgesehenen Projekte zügig umgesetzt werden könnten. Er gibt zu bedenken, dass nach einer OECD-Studie in diesem Jahr in Deutschland mit 5 Mio. Arbeitslosen zu rechnen sei. Auch die Stadt Rheine täte gut daran, im Rahmen ihrer Möglichkeiten hier gegenzusteuern.

Herr Roscher bezieht sich auf die Äußerung von Herrn Holtel und warnt davor, Wirtschaftswege so zu verbreitern, dass sie von Pkw als Ampelumgehungen missbraucht würden.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine beschließt, die der Stadt Rheine durch das Gesetz zur Förderung zusätzlicher Investitionen in Nordrhein-Westfalen (Investitionsförderungsgesetz NRW – InvföG) zugewiesenen Mittel in Höhe von voraussichtlich rd. 11.013.000 Euro unter Berücksichtigung der ergänzenden Maßgaben folgendermaßen zu verwenden:

a) im Bereich Bildungsinfrastruktur – insgesamt 7.798.000 Euro

- zum Ausbau des Kopernikus-Gymnasiums einschl. Einrichtung = 4.994.000 Euro
- zur energetischen Sanierung = 2.803.000 Euro
folgender Objekte
 - Schulgebäude Kopernikus-Gymnasium
 - Schulgebäude Michaelschule
 - Turnhalle Michaelschule
 - Aula Josef-Winckler-Zentrum
 - Turnhalle Marienschule
 - Turnhalle Johannesschule Eschendorf

Der Ausbau des Kopernikus-Gymnasiums steht unter dem Vorbehalt einer 100%igen Förderung nach dem ZuInvG.

b) im Bereich Infrastruktur – insgesamt 3.215.000 Euro

- zum Breitbandausbau in bisher nicht angebundenen Ortsteilen
- zur Sanierung / Erneuerung von Wirtschaftswegen

Die Verwaltung wird beauftragt, für die vorgenannten Maßnahmen umgehend Konzepte zu entwickeln sowie Kostenermittlungen durchzuführen und zur weitergehenden Entscheidung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

10. Einwohnerfragestunde

01:41:45

Um 18:50 Uhr schlägt Frau Dr. Kordfelder vor, die Einwohnerfragestunde vor die Haushaltsplanberatungen vorzuziehen.

Da sich nach Aufruf dieses Tagesordnungspunktes keine Wortmeldungen ergeben, unterbricht sie die Sitzung für eine kurze Pause und setzt diese um 19:05 Uhr fort.

**11. Beschlussfassung und Verabschiedung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes der Stadt Rheine für das Jahr 2009
Vorlage: 134/09**

01:58:30

Frau Dr. Kordfelder berichtet über das bisherige Beratungsverfahren und erklärt, dass es noch Änderungen zur Vorlage gebe, die u. a. auch auf die unmittelbar vor der Ratssitzung stattgefundene Bauausschusssitzung zurückzuführen seien.

Herr Lütkemeier weist darauf hin, dass aufgrund der Beratung des Energiekonzeptes für den Neubau der Feuerwehr Rheine-Mesum im Bauausschuss 2 Zahlen in der Haushaltssatzung geändert werden müssten. So müsse der Gesamtbetrag für Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf 18.911.631,00 € erhöht werden. Dementsprechend erhöhe sich auch im § 2 der Gesamtbetrag der Kredite auf 2.758.634,00 €.

Anschließend tragen die Fraktionsvorsitzenden ihre Haushaltsreden vor. Die Haushaltsrede der CDU-Fraktion, vorgetragen durch Herrn Niehues, ist als Anlage 1 dieser Niederschrift beigelegt.

Die von Herrn Roscher verlesene Haushaltsrede der SPD-Fraktion ist als Anlage 2 und der von ihm dabei gestellte Antrag an die Verwaltung, die Einrichtung einer 2. Gesamtschule im Südraum von Rheine anhand der vorliegenden Anmeldezahlen an der Euregio Gesamtschule und der Don-Bosco-Schule für das Schuljahr 2009/2010 zu prüfen, als Anlage 3 dieser Niederschrift beigelegt.

Die von Herrn Reiske vorgetragene Haushaltsrede der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist als Anlage 4, die der FDP-Fraktion, verlesen von Herrn Holtel, als Anlage 5 und die der Fraktion Sozial Liberal, vorgetragen durch Herrn Tewes, als Anlage 6 dieser Niederschrift beigelegt.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Rheine stimmt den in der Begründung der Vorlage und den von Herrn Lütkeemeier zu Beginn dieses Tagesordnungspunktes genannten Budgetveränderungen seit der Eckdatenüberprüfung des Haupt- und Finanzausschusses zu und beschließt deren Aufnahme in den Haushaltsplan 2009 sowie in die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung.
2. Der Rat der Stadt Rheine beschließt, bei den Projekten 1105-6 – Einrichtung Erweiterung Kopernikus-Gymnasium- und 5202-192 - Erweiterung des Kopernikus-Gymnasiums- einen Haushaltsvermerk „Die Finanzierung ist nur dann gesichert, wenn dafür Mittel aus dem Konjunkturprogramm II eingesetzt werden können.“ anzubringen.
3. Der Rat der Stadt Rheine beschließt gemäß §§ 78 – 80 Gemeindeordnung (GO) die als Anlage 7 beigelegte Haushaltssatzung für das Jahr 2009 einschließlich der Anlagen in der Fassung des Entwurfes des Haushaltsplanes 2009 unter Berücksichtigung der von den Fachausschüssen und dem Haupt- und Finanzausschuss vorgeschlagenen sowie der unter Punkt 1 beschlossenen Änderungen.
4. Der Rat der Stadt Rheine beschließt die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung (§ 84 GO).

Abstimmungsergebnis: 41 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen

Nach der Beschlussfassung und Verabschiedung der Haushaltssatzung spricht Frau Dr. Kordfelder den Fraktionen ihren Dank aus. Ihre Ausführungen sind als Anlage 8 dieser Niederschrift beigelegt.

12. Gesamtstellenplan 2009
Vorlage: 107/09

04:02:40

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine beschließt den als Anlagen 9 - 11 dieser Niederschrift beigelegten Stellenplan für das Jahr 2009.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

13. Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2005 und Entlastung der Bürgermeisterin
Vorlage: 136 / 09

04:04:55

Frau Dr. Kordfelder erklärt sich für befangen.

Frau Helmes übernimmt zu diesem Tagesordnungspunkt den Vorsitz.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine nimmt von dem Schlussbericht des Rechnungsprüfungsausschusses über die Prüfung der Jahresrechnung 2005 Kenntnis .

Der Rat der Stadt Rheine beschließt gem. § 94 Abs. 1 GO (a. F.) NW über die vom Rechnungsprüfungsausschuss geprüfte Jahresrechnung 2005 und erteilt der Bürgermeisterin Entlastung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

14. Entwurf des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2006
Vorlage: 138 / 09

Der Punkt wurde vor Eintritt in die Tagesordnung abgesetzt.

15. Bebauungsplan Nr. 77, Kennwort: "Hassenbrockweg", der Stadt Rheine
II. Beschluss über die Abwägungsempfehlungen des Stewa
III. Satzungsbeschluss nebst Begründung
Vorlage: 092 / 09

04:06:15

Beschluss:

II. Beschluss über die Abwägungsempfehlungen des Stadtentwicklungsausschusses "Planung und Umwelt"

Der Rat der Stadt Rheine nimmt die Empfehlungen des Stadtentwicklungsausschusses "Planung und Umwelt" zu den Beteiligungen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 13 Abs. 2 Nr. 2 und 3 BauGB billigend zur Kenntnis und beschließt diese. Er nimmt hiermit – zum allein maßgebenden Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses – die vollständige Erfassung, Bewertung und gerechte Abwägung aller von der Planung betroffenen Belange vor.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

III. Satzungsbeschluss nebst Begründung

Gemäß der §§ 2 Abs. 1 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3316) sowie der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Juni 2008 (GV. NRW S. 514) wird der Bebauungsplan Nr. 77, Kennwort: "Hassenbrockweg", der Stadt Rheine als Satzung und die Begründung hierzu beschlossen.

Es wird festgestellt, dass der Bebauungsplan Nr. 77, Kennwort: "Hassenbrockweg", der Stadt Rheine aus dem wirksamen Flächennutzungsplan entwickelt worden ist und demzufolge keiner Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde bedarf.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

16. **5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 219, Kennwort: "Wadelheim - Teil A", der Stadt Rheine**
II. **Beschluss über die Abwägungsempfehlungen des StewA**
III. **Satzungsbeschluss nebst Begründung**
Vorlage: 104/09

04:07:45

Beschluss:

II. Beschluss über die Abwägungsempfehlungen des Stadtentwicklungsausschusses "Planung und Umwelt"

Der Rat der Stadt Rheine nimmt die Empfehlungen des Stadtentwicklungsausschusses "Planung und Umwelt" zu den Beteiligungen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 13 Abs. 2 Nrn. 2 und 3 BauGB billigend zur Kenntnis und beschließt diese. Er nimmt hiermit – zum allein maßgebenden Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses – die vollständige Erfassung, Bewertung und gerechte Abwägung aller von der Planung betroffenen Belange vor.

Abstimmungsergebnis: 42 Ja-Stimmen
 1 Nein-Stimme

III. Satzungsbeschluss nebst Begründung

Gemäß der §§ 1 Abs. 8 und 10 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3316) sowie der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Juni 2008 (GV. NRW S. 514)

wird die 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 219, Kennwort: "Wadelheim – Teil A", der Stadt Rheine als Satzung und die Begründung hierzu beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 42 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme

- 17. Bebauungsplan Nr. 324, Kennwort: "Hafenbahn / Hovestraße",
 der Stadt Rheine
 Zurückstellung eines Baugesuches für das Grundstück Hafen-
 bahn 1 gem. § 15 BauGB
 Vorlage: 117 / 09**

04:08:35

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine fasst folgenden Beschluss:

Die Entscheidung über die Zulässigkeit der Bauvoranfrage für das Grundstück Hafenbahn 1 - Nutzungsänderung von Lagerhallen einer ehemaligen Schlosserei in 10 Spielotheken – wird für ein Jahr ausgesetzt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 18. Ausbau der Dutumer Straße von Zeppelin- bis Felsenstraße
 Satzung über die Herstellungsmerkmale
 Vorlage: 106 / 09**

04:09:05

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine beschließt auf Empfehlung des Bauausschusses den Entwurf der Satzung über die Herstellungsmerkmale für den Ausbau der Straße „Dutumer Straße“ zwischen Zeppelin- und Felsenstraße:

S a t z u n g
über die Herstellungsmerkmale
für den Ausbau der „Dutumer Straße“
zwischen Zeppelin- und Felsenstraße vom

Gem. §§ 7 Abs. 1 und 41 Abs. 1 Buchstabe f der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV.NRW S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Juni 2008 (GV.NRW S.514), hat der Rat der Stadt Rheine durch Beschluss vom 31.03.2009 folgende Satzung über die Herstellungsmerkmale für den Ausbau der „Dutumer Straße“ zwischen Zeppelin- und Felsenstraße erlassen:

Die o. g. Straße ist abweichend von § 9 Abs. 1 der Satzung der Stadt Rheine über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen vom 22. Dezember 1975 in der z. Z. geltenden Fassung endgültig hergestellt, wenn Grunderwerb und Freilegung abgeschlossen sind und sie folgende Teileinrichtungen und Herstellungsmerkmale aufweisen:

Dutumer Straße

Ausbau im Trennungsprinzip mit folgenden Teileinrichtungen:

1. Fahrbahn in Asphalt mit Unterbau
2. Parkstände in anthrazitfarbenem Betonsteinpflaster mit Unterbau
3. Grünbeete mit Baumbepflanzung und Unterpflanzung
4. Plattierte Gehwege mit Unterbau
5. Straßenentwässerung mit Anschluss an die Kanalisation
6. betriebsfertige elektrische Straßenbeleuchtung

Abstimmungsergebnis: einstimmig

19. Anfragen und Anregungen

04:09:40

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Ende des öffentlichen Teils: 21:15 Uhr

Dr. Angelika Kordfelder
Bürgermeisterin

Theo Elfert
Schriftführer